

mitarbeiten 02/2016

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gespräch mit Matthias Klopfer, Oberbürgermeister der Stadt Schorndorf



»Bürgerbeteiligung muss Alltagshandeln werden«

Die Energiewende führt vielerorts immer wieder zu Konflikten und Protesten. Gerade um den Bau von Windkraftanlagen gibt es regelmäßig Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Akteursgruppen. Matthias Klopfer ist Oberbürgermeister von Schorndorf, einer Stadt mit knapp 40.000 Einwohner/innen im Regierungsbezirk Stuttgart. Er berichtet im Gespräch, welche konstruktive Rolle Bürgerbeteiligung bei kommunalen Konfliktthemen spielen kann.

Herr Klopfer, wie sind Ihre Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung?

Matthias Klopfer: Als ich 2006 zum Oberbürgermeister gewählt worden bin, war mir klar, dass Politik im 21. Jahrhundert die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger braucht. Ich habe nie verstanden, warum man für Bürgerbeteiligung so wenig Geld ausgibt. Für jeden Statiker, für jeden Bodengutachter, für jedes Vogelgutachten gibt eine Stadt selbstverständlich Gutachten in Auftrag. Auch für Bürgerbeteiligung müssen wir einen Boden schaffen und Geld dafür bereitstellen. Das ist sicher ein Schlüssel zum Erfolg.

Ob Sport- und Verkehrsentwicklungsplanung, Schule oder Integrationskonzept: in Schorndorf haben wir in den letzten Jahren positive Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht. Die Erfahrung hat gezeigt, dass es gut ist, wenn der OB sich selbst zurücknimmt, damit die Bürgerinnen und Bürger wirklich frei diskutieren können. Die spannende Frage für mich ist immer, wann kommt der Gemeinderat mit ins Spiel? Da haben wir unterschiedliche Modelle. Wenn er von Anfang an dabei ist, führt das zwar zu schnelleren Ergebnissen, teilweise bestimmen dann aber auch die Gemeinderäte die Diskussion. Des-

halb haben wir es auch schon ohne Gemeinderäte gemacht.

Bürgerbeteiligung spielt in Schorndorf auch eine besondere Rolle beim Thema Windenergie. Können Sie das etwas näher erläutern?

Der Ausbau der Windenergie im Zuge der Energiewende war ein Ziel der baden-württembergischen Landesregierung. Und so kamen auf einen Schlag ganz viele Windkraftstandorte ins Gespräch. Und auch bei uns gab es Gegner und Befürworter von Windkraftanlagen, das ist ja klar. Großes Glück in Schorndorf war, dass der Gemeinderat einstimmig beschlossen hat, wir wollen eine Bürgerbeteiligung. Dann haben wir gemeinsam mit unserer Nachbarkommune per Zufallsstichprobe 70 Bürgerinnen und Bürger ausgewählt und diese Gruppe ergänzt durch Vertreter/innen von Bürgerinitiativen pro Windkraft und kontra Windkraft. Diese haben anschließend eine Bürgerempfehlung erarbeitet, die dann einstimmig vom Gemeinderat beschlossen wurde.

Wie sah der Prozess aus, mit dem Sie die Beteiligung der Bürger/innen sowie der Initiativen ermöglicht haben?

Wir haben zunächst ein externes Institut mit dem Prozessmanagement beauftragt. Es gab dann eine Auftaktveranstaltung, in der über das Vorhaben informiert und über den Ablauf der Bürgerbeteiligung aufgeklärt wurde. Danach wurden viele Sachfragen kontrovers diskutiert und in einem Fragenkatalog gebündelt, der Grundlage für ein anschließendes Expertenhearing war. Zudem gab es immer wieder Exkursionen zu verschiedenen vorgeschlagenen Standorten. Die Gesprächsatmosphäre dabei war ganz besonders, durch den intensiven Austausch der Argumente haben alle Beteiligten und auch ich viel gelernt.

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Bürgerbeteiligung ...

Am Ende des Prozesses stand dann die Bürgerempfehlung, die von mehr als 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zustimmend aufgenommen wurde. Zwar gibt es nach wie vor auch Gegenwind, ich glaube aber nicht, dass der Protest die positive Grundstimmung zum Kippen bringt.

Sie haben mit einer Zufallsauswahl von Bürger/innen gearbeitet. Wie sind Ihre Erfahrungen mit dieser Form der Beteiligung?

Das würde ich sofort wieder machen, es war mit Abstand die beste Bürgerbeteiligung, die wir bislang durchgeführt haben. Wenn es um eine Schulhofgestaltung geht, brauche ich keine Zufallsauswahl, das kann ich mit der Schule machen und mit den betroffenen Nachbarn. Aber in diesem Fall haben uns der gesunde Menschenverstand und die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der zufällig ausgewählten Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr gut getan. Egal ob leitender Angestellter oder »einfache« Bürgerin: die Leute freuen sich, dass sie gefragt werden. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger führt so interessanterweise auch zu einer Versachlichung von Gemeinderatsdiskussionen, da bin ich immer sehr positiv überrascht. Und plötzlich denkt man, ja guck mal, man kann es ja auch anders machen.

Wie funktioniert das Zusammenspiel mit der Verwaltung bei solchen Beteiligungsprozessen?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen lernen, dass Bürgerbeteiligung zwar anstrengend ist, dass sie auch Zeit kostet, aber dass es anschließend in der konkreten Umsetzungsphase für sie als Mitarbeiter/innen leichter wird und die demokratische Legitimation von Politik und Verwaltungshandeln steigt. Die Projektverantwortlichen müssen aber auch Kompetenzen aufbauen und beispielsweise lernen, zu moderieren, weil wir nicht ständig Profis einkaufen können. Schlecht ist es, wenn man Bürgerbeteiligung immer bloß in Krisensituationen macht oder bei einem herausgehobenen Projekt; Bürgerbeteiligung muss Alltagshandeln werden.

Das vollständige Videogespräch unter www.mitarbeit.de/klopfer_interview_forum_2015.html

Neue Publikation

Demokratisierung der Wissenschaft

Forschungspolitik steht selten im kritischen Fokus der Öffentlichkeit. Dabei formt die Wissenschaft unsere Zukunft und nimmt über technologische Entwicklungen großen Einfluss auf unser alltägliches Leben. Wie können zivilgesellschaftliche Organisationen und mit ihnen die Bürger/innen mehr Einfluss auf die Themen von Wissenschaft und Forschung nehmen? Eine neue Publikation der Stiftung Mitarbeit zeigt praxisnahe Wege zu einer an Nachhaltigkeit orientierten partizipativen Forschung auf.

An der Schnittstelle zu Demokratie und Nachhaltigkeit sind Wissenschaft und Forschung zunehmend aufgerufen, ihr Selbstverständnis kritisch zu reflektieren. Forschung steht vor der Herausforderung, Form und Inhalt zukünftiger wissenschaftlicher Arbeit neu zu bestimmen. Dazu gehören neue Formen der Kooperation mit der Zivilgesellschaft, die Koproduktion von sozial-robustem Wissen und die Partizipation an Entscheidungsprozessen. Erste Ansätze einer transformativen und transdisziplinären Forschung für Gemeinwohl, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit etablieren sich, soziale Gruppen werden in Aushandlungsprozesse von Interessen einbezogen.

Die beiden Autorinnen entwickeln auf der Grundlage eigener Erfahrungen und langjähriger wissenschaftlicher Praxis Handlungsempfehlungen für eine deliberative

Forschungspolitik. Zugleich skizzieren sie Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative Forschung, die zeigen, wie eine Demokratisierung der Wissenschaft gelingen kann.

Veciana, Stella/ Neubauer, Claudia: Demokratisierung der Wissenschaft – Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative

Forschung. Bonn 2016, Verlag Stiftung Mitarbeit, mitarbeiten.skrript Nr. 10, 74 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-941143-30-2, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



Beim diesjähriges Netzwerktreffen des Netzwerks Bürgerbeteiligung diskutierten die 100 Netzwerkerinnen und Netzwerker u.a. über den neuen Netzwerkpuls »Integration braucht Beteiligung – Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen« (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/netzwerkpuls_flaechtlinge).

Zwischen Jubel und »Gewinnwarnung«

Die aktuelle Ausgabe des Freiwilligensurveys (FWS) wartet auf mehr als 640 Seiten mit Zahlen und Daten zur bundesdeutschen Engagementlandschaft auf. In einem Beitrag für den eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit haben die beteiligten Wissenschaftler/innen des Deutschen Zentrums für Altersfragen einige Kernergebnisse der Untersuchung vorgestellt.

Demnach sind im Jahr 2014 43,6 % der Bevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert – das entspricht knapp 31 Millionen Menschen. Die Engagementquote der letzten FWS-Erhebung im Jahr 2009 lag noch bei etwa 36 %. Die meisten Menschen sind im Bereich Sport (16,3 %) aktiv, gefolgt von den Bereichen Schule/Kindergarten und Kultur. Dabei engagieren sich Menschen mit hoher schulischer/beruflicher Ausbildung häufiger (52,3 %) als Personen mit niedrigem Bildungsniveau (28,3 %). Frauen sind etwas weniger aktiv als Männer.

Der FWS enthält auch Zahlen zur politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. Dabei steht die Teilnahme an Unterschriftensammlungen (43,4 Prozent) an erster Stelle, gefolgt von der Teilnahme an Demonstrationen (32,2 Prozent) und an Bürgerinitiativen (22,5 Pro-

zent). Die Übernahme von politischen Ämtern oder anderweitiger politischer Verantwortung spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle.

Um die soziale Ungleichheit im Feld von Engagement und Beteiligung nicht weiter zu verschärfen, empfehlen die beteiligten Wissenschaftler/innen, dass Engagementförderung und -politik zukünftig noch stärker die Mitwirkung derjenigen Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen muss, die sich unterdurchschnittlich engagieren und deutlich weniger am politischen Prozess beteiligen. Hier gelte es für Bund, Länder, Kommunen und Zivilgesellschaft, »Anreize und förderliche Rahmenbedingungen« zu schaffen, um »systematische Zugangswege« zu eröffnen.

Neben zustimmenden Kommentaren aus der Politik gibt es auch

Kritik an den vorgelegten Zahlen. So spricht der Politikwissenschaftler und Demokratieforscher Roland Roth eine »Gewinnwarnung« aus, und weist darauf hin, dass die ermittelten Zahlen einer veränderten Methodik und einem »entleerten Engagementbegriff« geschuldet sind. Er kritisiert insbesondere den für den FWS neu entwickelten Kriterienkatalog zum Bürgerschaftlichen Engagement, der bewusst auf die Dimensionen »Freiwilligkeit« und »Gemeinwohlorientierung« verzichte. In der Folge würden deshalb Tätigkeiten als freiwilliges Engagement gewertet, die bislang nicht berücksichtigt wurden. Als Beispiel für die »Aufblähung der Engagementzahlen« führt Roth an, dass jetzt bereits der im Verein Sport treibende Fußballtorwart als freiwillig engagiert gewertet werde. Sein Fazit: Der FWS 2014 sei mit seinen Vorgängern »in zentralen Punkten nicht vergleichbar«, »jede Aussage über Steigerungsraten [sei damit] hinfällig«.

Simonson, Julia/ Vogel, Claudia/ Tesch-Römer, Clemens: Wer engagiert sich freiwillig? Kernergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014, www.buergergesellschaft.de/enewsletter_freiwilligensurvey; Roth, Roland: Gewinnwarnung zum Freiwilligensurvey 2014. In: BBE-Newsletter 10/2016, <http://tinyurl.com/gv5nmxx>

Impulspapier des Netzwerk Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligung zur Stärkung ländlicher Räume

Bürgerbeteiligung ist ein Schlüssel bei der zukünftigen Gestaltung ländlicher Räume. Ein neues Impulspapier des Netzwerks Bürgerbeteiligung zeigt, wie Bewohner/innen diese Zukunft mitgestalten können und was Bürgerbeteiligung leisten muss, um in Dörfern und Städten in strukturschwachen, peripheren ländlichen Räumen erfolgreich zu sein.

Um das Leben auf dem Land für die dort ansässigen Menschen attraktiv zu machen, müssen gemeinsam Visionen, Wege, Aktivitäten und Projekte zur Gestaltung einer erfolversprechenden, nachhaltigkeitsorientierten Zukunft erarbeitet werden. Bürgerbeteiligung kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Ein Thementeam

des Netzwerks Bürgerbeteiligung hat mit dem Impulspapier »Merkmale gelungener Bürgerbeteiligung in Landgemeinden« eine erste Orientierungshilfe erarbeitet. Das Papier definiert Bürgerbeteiligung als »Überlebensfrage«, der sich alle Akteure vor Ort kreativ und gemeinsam zu stellen hätten. Gelingende Beteiligung erfordere »Kontextbe-

wusstsein« und die Kooperation mit Schlüsselpersonen vor Ort. Notwendig sei zudem die Koproduktion der Bürger/innen mit Kommune und Wirtschaft.

Das Impulspapier bildet den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Aktivitäten des Thementeam. So ist geplant, gute Beispiele für Bürgerbeteiligungsprojekte zur Stärkung der ländlichen Räume zusammenzutragen. Das können beispielsweise Dorfinitiativen, Dorf- und Regionalbewegungen sein. Letztlich soll es aber auch darum gehen, neue Strategien zur Stärkung und Vernetzung der ländlichen Räume zu entwickeln und diese in den (fach-)politischen Diskurs einzubringen.

Nähere Informationen zur Mitarbeit im Thementeam und zum Netzwerk Bürgerbeteiligung unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gesellschaft im Umbruch

Die Welt ist in Bewegung und im Umbruch. Ob Klimawandel, Digitalisierung oder Zuwanderung: Die Liste der gesellschaftlichen Herausforderungen ist lang und wächst ständig. Die Fähigkeit, kooperativ an Problemlösungen zu arbeiten, wird immer wichtiger. Gefragt sind gemeinsam erarbeitete, gesellschaftliche wie politische Lösungen sowie vielfältige und inklusive Formen der politischen Partizipation.

Das »Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« (9.–11. September 2016 in Loccum nahe Hannover) fragt in diesem Jahr, in welcher Form Bürgerbeteiligung helfen kann, gesellschaftlichen Wandel zu gestalten: Wie lassen sich z.B. konstruktive Beteiligungsprozesse zu den Themen Zuwan-

derung und Integration gestalten? Wie können wir Stadtentwicklung inklusiv planen und umsetzen? Wie kann gelungene Bürgerbeteiligung Landgemeinden in eine nachhaltige Zukunft führen? – Als Referent/innen wirken u.a. mit Kenan Dogan Güngör, (think.difference, Wien), Dr. Konrad Hummel (Stadt Mannheim), Dr. Martina Handler (Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, Wien), Ulrike Böker, (Abgeordnete Oberösterreichischer Landtag), Alma Kolleck (Universität Frankfurt a.M.), Alexander Hagner (Architekturbüro gaupenraub, Wien), Helga Hendricks (Münster nachhaltig e. V.),

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) und Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Werkstatt Vielfalt

Die »Werkstatt Vielfalt« ist ein Förderprogramm der Robert Bosch Stiftung, das die Stiftung Mitarbeit durchführt. Neben interkulturellen Vorhaben wird die Begegnung zwischen Jung und Alt, von Menschen mit und ohne Behinderung, unterschiedlicher sexueller Orientierung und aus verschiedenen sozialen oder

religiösen Lebensbereichen gefördert. Die achte Ausschreibungsrunde endet am 15. September 2016. Interessierte können sich ab sofort mit ihren Projektideen bewerben.

Nähere Informationen bei Björn Lappe (lappe@mitarbeit.de) und Timo Jaster (jaster@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Nicht immer einer Meinung?

Meinungsverschiedenheiten und Konflikte gehören zu Beteiligungs- und Kooperationsprozessen wie die Hitze zum Feuer. Im Seminar »Konfliktmanagement in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen« (7.–8. Oktober 2016 in Frankfurt am Main) wird gefragt, wie Konfliktsituationen frühzeitig erkannt und konstruktiv bearbeitet werden können. Verschiedene Konfliktarten und -auslöser sowie Möglichkeiten zur

Situationsanalyse werden aufgezeigt und erfolgversprechende und nachhaltige Wege zum Umgang mit Konflikten diskutiert. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen und Fragestellungen der Teilnehmer/innen. Das Seminar richtet sich an Prozessverantwortliche in Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Vorstandsarbeit mit Gewinn und Freude

Wer sich als ehrenamtlicher Vorstand in einem Verein engagiert, trägt Verantwortung. Und so manches Vorstandsmitglied rutscht unvorbereitet in diese Rolle hinein oder wird gar gedrängt, ein Amt zu übernehmen. Was sind die zentralen Aufgaben von Vereinsvorständen? Und wie können diese so gestaltet werden, dass sie gelingen und sogar Spaß machen können?

In dem Seminar zu Aufgaben und Zusammenarbeit von Vereinsvorständen (23.–24. September 2016 in Königswinter) zielen inhaltliche Inputs und der gemeinsame intensive Erfahrungsaustausch darauf, die eigene Vorstandsarbeit zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Bewerbungsfrist

Starthilfeförderung

Die Förderung der Stiftung Mitarbeit versteht sich als Starthilfe für neue Initiativen und Gruppen, aber auch für neue Projekte kleinerer lokaler Organisationen in den Bereichen Soziales, Politik, (Erwachsenen-)Bildung, Kultur, Umweltschutz, Gesundheit und Kommunales. Wesentlich ist dabei, dass die förderfähigen Aktionen beispielhaft aufzeigen, wie Zusammenschlüsse von freiwillig engagierten Menschen das Leben in unserer Gesellschaft mit bestimmen und mit gestalten können. Die Starthilfeförderung will auf diese Weise Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich an Gemeinschaftsaufgaben aktiv zu beteiligen und demokratische Mitverantwortung zu übernehmen.

Die Starthilfeförderung richtet sich an solche Initiativen, denen sonst keine oder nur unzureichende Fördermöglichkeiten offen stehen und die keinem finanzstarken Dachverband angeschlossen oder zuordenbar sind. Sie versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Nächste Antragsfrist ist der 29. August 2016.

Nähere Informationen bei Corinna Asendorf (asendorf@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstr. 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kunz (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.